Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 7-8

Artikel: Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi an der Hochschule St. Gallen : das Beste in der Schweiz ist, dass alles so lange dauert

Autor: Fehr, Jacqueline

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340762

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tragsprimat-)Modells wäre, dass auch Kleinverdiener und Teilzeitbeschäftigte im Rahmen des Obligatoriums den gleichen Arbeitgeberbeitrag erhielten wie die oberen Lohnklassen. Das Verwaltungsprozedere liesse sich mit einfachen Massnahmen ebenfalls stark vereinfachen, die volle Freizügigkeit wäre jedoch auch überobligatorisch zu verwirklichen. Das BVG-Obligatorium wäre so jedenfalls wegen des Koordinationsabzugs – nicht mehr unsozial.

Wer macht was?

Die Diskussion um die 2. Säule ist seit Jahren im Gang. Auch nachdem im Jahre 1987 von SPS und SGB gemeinsam «Vorschläge für eine bessere 2. Säule» verabschiedet waren, welche auf die *Gesetzes*revision abzielen, blieb die berechtigte Opposition gegen das BVG weiterbestehen. Am Parteitag 1988 der SPS wurde der Antrag der Sektion «Bern-Nord» für die Lancierung einer Volksinitiative zur 2. Säule vom Parteitag angenommen. Verlangt wird neben Freizügigkeit und gerechten Lösungen für die Eintrittsgeneration eine bessere Anlagepolitik und der Einbezug neuer Finanzierungsquellen (Ressourcenabgaben).
In die gleiche Richtung zielt ein Beschluss des Verbandstages des VPOD, der die Lancierung einer AHV-Initiative gefordert hat. Zuständig für die Lancierung von Initiativen ist allerdings der Gewerkschaftsbund (SGB).
Bei SPS wie beim VPOD sind Arbeitsgruppen intensiv am Werk. Da sich die Gewerkschaften von Anfang an mehr auf die AHV-Reform konzentriert haben, wurde ihnen dieser Bereich federführend überlassen (Vorsitz: Hansjakob Mosimann), wobei hier Mitglieder der PdA, der demokratischen Juristen ebenso wie der sozialpolitischen Kommission der SPS mitarbeiten. Die Umweltumlage wird federführend von der sozialpolitischen Kommission der SPS behandelt, unter Mitwirkung von Umwelt und Energieexperten (Federführung Gret Haller).
Am 22. Juni 1989 hat sich die Geschäftsleitung der SPS zum ersten Mal über das Projekt informieren lassen. Die Arbeitsgruppe wurde ermächtigt, bei den Umweltorganisationen eine informelle Vernehmlassung zur Umweltumlage einzuholen. Ende August wird der Parteivorstand orientiert, wobei noch nicht beabsichtigt ist, Initiativtexte zu verabschieden. Vielmehr geht es darum, das politische Klima für die Umweltabgaben und eine AHV-Aufstockung auszuloten und eventuell zusätzliche Expertengutachten einzuholen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi an der Hochschule St. Gallen

Das Beste in der Schweiz ist, dass alles so lange dauert.

Von Jacqueline Fehr

Der Arbeitsgruppe Perspektiven der Hochschule St. Gallen ist es gelungen, Klaus von Dohnanyi, Ex-Bürgermeister von Hamburg, für eine zweitägige Veranstaltung nach St. Gallen einzuladen. Thema des vom SPD-Politiker gehaltenen Referats und des Fachgesprächs war: «Politische Handlungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb». Dohnanyi zeigte darin den Prozess zur Internationalisierung der Wirtschaft auf. Abgeleitet davon plädierte er für die Stärkung der direkten Demokratie und gleichzeitig für ein Abtreten bestimmter, bisher staatlicher Aufgaben an überstaatliche Organisationen.

«Die Agenda der Politik muss neu geführt werden», schloss Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, das Fachgespräch zum Thema «Politische Handlungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb», das die Arbeitsgruppe Perspektiven der Hochschule St. Gallen organisiert hatte. Gemeint hat Dohnanyi damit, dass sich die Politik ihr Tätigkeitsgebiet neu definieren muss. So betonte Dohnanyi in seinen Ausführungen: «Vieles, was der Politik bisher aufgebürdet worden ist, überfordert den politischen Apparat und wäre in der Privatwirtschaft besser aufgehoben. Umgekehrt muss die Politik in anderen Bereichen neue Verantwortungen übernehmen.»

Wettbewerb der politischen Systeme

Tags zuvor hat Klaus von Dohnanyi in einem auf zwanzig Thesen beruhenden Referat zum gleichen Thema dargestellt, wie er zu diesem Schluss gekommen ist.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist der Prozess der Internationalisierung der Wirtschaft, in dem wir stecken. Dieser führt nach Dohnanyi letztlich zu einem *Wettbewerb der politischen Systeme,* indem die betriebsexternen Bedingungen – Politik – gegenüber den betriebsinternen Bedingungen – Management – an Bedeutung gewinnen. Als Beispiel führte der SPD-Politiker den Bereich der Bio- und Gentechnologie an. Konzerne sähen sich aufgrund der harten Bedingungen in der Bundesrepublik gezwungen, ihre Forschungstätigkeit ins Ausland zu verlegen. Einer St.-Florians-Politik nahe kämen solche Tendenzen, wenn der Ursprung der Abwanderung Umweltschutzbestimmungen seien. Abfall produzieren, aber nicht entsorgen können, ist in der Schweiz ein bekannter Zustand, mit der Konsequenz, dass wir unseren Dreck immer noch ins Ausland exportieren.

Dieser Wettbewerb der politischen Systeme führt nach Ansicht Dohnanyis in einem weiteren Schritt dazu, dass der Handlungsspielraum der Politikerinnen und Politiker nicht mehr primär an gesellschaftspolitischen Zielen, sondern zunehmend am Unternehmenswettbewerb gemessen wird. Diese *Kommerzialisierung der Politik* lasse ein Gefühl der Ohnmacht sowohl bei Politikern/-innen als auch bei Wählern/-innen entstehen, was in seiner Folge zur Aushöhlung demokratischer Strukturen und des demokratischen Bewusstseins führe.

Dieser Entwicklung zu begegnen ist Ziel Dohnanyis, war aber auch – mit einem Wie versehen – die Frage, welche er den anwesenden Gesprächsteilnehmern stellte.

Verantwortung gegen unten und oben delegieren

Er selbst beantwortet sie mit einer zweiteiligen Forderung: Einerseits erachtet der Ex-Bürgermeister eine Stärkung der direkten Demokratie als zukunftsträchtig und andrerseits eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen den Nationalstaaten und den übernationalen Blöcken, beispielsweise der EG.

Den ersten Punkt vertiefte Dohnanyi mit der Aussage: «Addierter Fachverstand resultiert in Unvernunft, addierter gesunder Menschenverstand hingegen in Fachverstand.» Der Zusammenhang zwischen Mensch und Politik sei bereits auf nationaler Ebene abstrakt. Deshalb müsse man Kompetenzen und Verantwortungen zurückgeben an kleinere Einheiten und die Menschen in Form von direkter Demokratie stärker an der Politik beteiligen. Die vielfach extreme Arbeitsteilung hat nach Dohnanyi auch zu einer Teilung von Ursache und Wirkung geführt. Diese in ganzheitlichem Denken wieder zusammenzuführen sei Sache des gesunden Menschenverstandes und somit der Laien. Fachkräfte hätten sich wieder an dessen und deren Erkenntnissen zu orientieren, anstatt sich in ihrem spezialisierten Wissen von den realen Zusammenhängen zu entfernen.

Auf der anderen Seite hingegen sei es Aufgabe der nationalstaatlichen Politik, sich nach oben zu den überregionalen Organisationen hin zu orientieren. Nur so könnten die wettbewerbshemmenden Bestimmungen der Nationalstaaten, sei es im Bereich Steuern, Umweltschutz, Forschung oder Arbeitsrecht, umgangen werden.

Deregulierung bei den Nationalstaaten – Regulierung bei den Staatenblöcken

Die einzelnen Staaten müssen nach der Vorstellung Dohnanyis Deregulierungen, das heisst ein weitgehendes Aufheben der Schutzbestimmungen, vornehmen. Diese von Nationalstaaten abgegebene Funktion müsste dann in Zukunft von den überregionalen Organisationen, zum Beispiel der EG, übernommen werden, um den Staaten gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewähren.

Nicht in allen Punkten mit dem Referenten einverstanden waren die Diskussionsteilnehmer/-innen. Mit der Kritik angesetzt wurde bereits am Punkt der Abwanderung gewisser Industriezweige. Einzelne Votanten sahen beispielsweise die Schweizer Wirtschaft keineswegs bedroht, wenn industrielle Betriebe gewisse Fabrikationsabteilungen in Staaten verlagern, wo die Bestimmungen zum Sonntags- und Nachtarbeitsverbot larger sind. Dies sei ein natürliches Phänomen der freien Marktwirtschaft und als solches legitim. Erwähnt wurde im weiteren, dass Konzerne mit Abwanderung oft nurdrohten, sie aber verhältnismässig selten in die Tat umsetzten. An diesem Punkt jedoch schieden sich in der Folge die Geister der Expertinnen und Experten. Nebst Kritik an den Ausführungen Dohnanyis wurde auch auf dessen Frage eingegangen, wie man der Internationalisierung der Wirtschaft begegnen soll. Dabei wurden die Vorteile in der von der Dohnanyi vorgeschlagenen Aufgabenverteilung nach oben erkannt. Mit Nachdruck wurde jedoch darauf hingewiesen, dass ein solch überstaatliches Bewusstsein mindestens ebenso lange wachsen müsse wie das nationalstaatliche im letzten Jahrhundert.

Polarisierter waren die Meinungen im Punkt: Delegation der Verantwortung nach unten, das heisst Stärkung der direkten Demokratie und Erhaltung föderalistischer Strukturen. Während sich die einen über die Länge der Entscheidungswege und somit über die Starrheit des Systems beklagten, sahen die anderen gerade in der Langsamkeit den grossen Gewinn. Sorgfältige Abklä-

rungen statt vorschnelles Handeln, umfassende statt punktuelle Lösungen seien die positiven Aspekte der direkten Demokratie mit stark föderalistischem Charakter. Klaus von Dohnanyi brachte es auf den prägnanten Nenner: «Das Beste an der Schweiz ist, dass alles so lange dauert.»

Robert Jay Liftons hat die Mörder besucht

Ärzte im Dritten Reich

Von Alain Claude Sulzer

«Die Geschichte wird angehalten, damit die mörderische Therapie angewendet werden kann.» Von dieser mörderischen Therapie, von den «Endzielen», die in der angehaltenen Geschichte gesteckt wurden und von den psychologischen und historischen Grundlagen dieser «Therapie», ihrer ideologischen Untermauerung, vor allem aber von den sie durchführenden «Therapeuten» berichtet Robert Jay Liftons umfangreiches Buch «Ärzte im Dritten Reich». Anhand von zahllosem Material und vielen Gesprächen wird – erstmals in diesem Umfang – die Geschichte der Ärzte im Dritten Reich aufgerollt, ihnen der zentrale Platz zugewiesen, der bisher eher heruntergespielt wurde. Denn was ist über sie, von Mengele abgesehen, allgemein bekannt geworden?

Sie waren Handlanger, sie waren Befürworter, eifrige Erfinder, «Eugeniker» (Rassehygieniker), Sektierer, Phenolspritzer, Experimentatoren und Mörder – manchmal «bloss» das eine oder andere, nicht selten all dies zusammen.

Robert Jay Lifton, als Gründungsmitglied der Vereinigung «Ärzte gegen den Atomkrieg» bekannt geworden, die 1986 den Friedensnobelpreis erhielt, hat sich nach Forschungen über die Folgen der Bombe von Hiroshima und des Kriegs in Vietnam einer noch schwierigeren Aufgabe gestellt. Er hat, als Jude und Arzt, jene aufgesucht, die als Deutsche – und als Ärzte – an der Tötung von Juden unmittelbar beteiligt waren. Er hat sie reden lassen, wo sie heute leben: «In diesen Wohnzimmern fand (...) ein grosser Teil meiner Arbeit statt, und diese zwang mich, meine Interviewpartner – unabhängig von ihrer Verstrickung in Schuld – als menschliche Wesen zu sehen und als nichts anderes. Ich musste den Naziärzten also eine Art von Empathie entgegenbringen, um mich in ihre Situation versetzen zu können. (...) Doch so logisch dieser Ansatz auch war und so oft ich mir auch den Unterschied zwischen Empathie und Sympathie in Erinnerung rief, es war fremdartig und unangenehm, den Teilnehmern eines so mörderischen Vorhabens auch nur minimale Einfühlung entgegenzubringen. Und dies um so mehr, als sich dieses Projekt gegen mein eigenes Volk, gegen mich selbst gerichtet hatte.»

Die Vertauschung der Rollen

Er liess sie reden, die vermutlich mit niemandem, nicht einmal mit sich selbst, darüber geredet hatten, dass ihre Hände blutig waren. Er liess sie ausreden, bis hinter all ihren Worten und ihrer Schamlosigkeit das aufzublitzen begann, was Auschwitz ermöglicht hatte und die Gründe gewesen waren, dass sie trotzdem oder *erst recht* geblieben waren und sich trotzdem oder *erst recht* weiterhin für Ärzte gehalten hatten. Sie wurden, in ihren Wohnzimmern, dank Liftons Fragen nach Auschwitz zurückversetzt. Sie machten sich Gedanken (und empfanden nur in den seltensten Fällen so etwas wie Reue).

Es brach nichts aus ihnen heraus, sie erzählten vielmehr in derselben Art, in der die Mörder Claude Lanzmann erzählt haben, ruhig, sachlich, froh, einem interessierten Zuhörer (und Arztkollegen), von dem die meisten wussten, dass er Jude war, erklären zu können, wie es damals «wirklich» war, als man «gezwungen» wurde, mitzumachen, die Rolle des Heilenden mit jener des Tötenden zu vertauschen (wenn auch «nur» für ein paar Jahre, nach denen man, sofern man nicht höchste Positionen eingenommen hatte, in den Beruf zurückkehrte). Es brach nicht aus ihnen heraus, sie sprachen gewissermassen in der Sprache von damals, in der die Worte Mord und Vergasung durch Euphemismen wie «Sonderbehandlung», «Umsiedlung» und dergleichen ersetzt, die Wirklichkeit gedämpft worden war, um der Realität von Auschwitz Platz machen zu können.

Einem Ort, der, wie einer der jüdischen Häftlingsärzte sagte, auf einem anderen Planeten angesiedelt zu sein schien. Während es für die Häftlinge aber keinen anderen Planeten mehr als diesen gab, existierte für die Ärzte (und das weitere Personal) die «bessere Welt», jene, in der man frei davon war, töten zu «müssen»: die Welt der «lieben Mutti» (die Ehefrau) und der lieben Kleinen, denen einerseits die aufrichtigste Liebe entgegengebracht wurde, die sich andererseits in der verkitschtesten Form in Briefen ausdrückte.

Dienstantritt in Auschwitz

Die andere Realität liess alles möglich werden. Und dass es